

Protokoll

Stadtrat von Thun Sitzung 4 vom 17. Mai 2018, 17:15 Uhr, Rathaus Thun

Anwesend

Stadtrat	Vorsitz: Stadtratspräsident Andreas Kübli Peter Aegerter, Hanspeter Aellig, Katharina Ali-Oesch, Jonas Baumann-Fuchs, Samuel Bühlmann, Adrian Christen, Andrea de Meuron, Philipp Deriaz, Susanna Ernst-Reusser, Roman Gugger, Susanne Gygax, Thomas Hiltpold, Daniela Huber Notter, Sabine Kaufmann, Reto Kestenholz, Alain Kleiner, Barbara Klossner-Ber, Nicole Krenger, Darshikka Krishnanantham, Alice Kropf, Lukas Lanzrein (ab Traktandum 2), Manfred Locher, Lukas Rohr, Eveline Salzmann, Daniel Schenk, Reto Schertenleib, Claude Schlapbach, Carlo Schlatter, Verena Schneiter, Franz Schori, Markus van Wijk, Martin von Allmen, Till Weber, Simon Werren, Andreas Zwahlen
Gemeinderat	Stadtpräsident Raphael Lanz, Gemeinderätin Marianne Dumermuth, Gemeinderäte Roman Gimmel, Konrad Hädener und Peter Siegenthaler
Ferner	Stadtschreiber Bruno Huwyler Müller
Sekretariat	Stadtratssekretär Christoph Stalder Protokollantin Laura Erni
Entschuldigt	Stadträtin Daniela Weber sowie Stadträte Martin Allemann, Patrick Graber, Serge Lanz
Schluss der Sitzung	19:40 Uhr

Der Stadtratspräsident begrüsst alle Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Speziell heisst er Christoph Stalder in seinem neuen Amt als Ratssekretär willkommen und wünscht ihm alles Gute. Er gratuliert Stadtrat Alois Studerus zum Geburtstag.

Stadtratssekretär Christoph Stalder freut sich auf die Zusammenarbeit. Seine Türen stehen für alle offen.

29. Protokoll

Genehmigung des Protokolls vom 22. März 2018

Das Protokoll wird vom Rat stillschweigend genehmigt.

30. Interpellation I 26/2017 betreffend Ausarbeitung der Planungen betreffend Arealerschliessungen

Fraktion SVP/FDP und BDP vom 16. November 2017; Beantwortung

Hanspeter Aellig, **SVP/FDP-Fraktion**, ist mit der Beantwortung teilweise zufrieden und wünscht die Diskussion.

Der Rat stimmt der Diskussion zu.

Hanspeter Aellig, **SVP/FDP-Fraktion**, dankt für die Beantwortung der Interpellation. Es ist fraglich, warum bereits Pläne vorliegen, bevor grundsätzliche Fragen betreffend Voraussetzungen für die Arealnutzung, Erschliessung sowie Bewilligungen geklärt sind. Es entsteht der Eindruck einer suboptimalen Synchronisation zwischen dem Tiefbau- und Planungsamt. Ziel ist es, interessierte Investoren optimal und zügig zu unterstützen, damit Arbeitsplätze geschaffen und die Steuereinnahmen optimiert werden können. Im Interesse der Stadt Thun müssen solche Projekte verbindlich, rasch und unbürokratisch umgesetzt werden. Planungssicherheit ist ein wichtiger Bestandteil, der die Stadt als verlässlichen Unterstützer auszeichnet. Es sollte trotz Einsprachen und Verzögerungen spürbar sein, dass solche Projekte mit aller Kraft und der nötigen Priorität vorangetrieben und umgesetzt werden. Dieser Wille ist für die Fraktion zu wenig spürbar. Eine aktive Einbindung von möglichen Einsprechenden kann dabei helfen, den Prozess zu beschleunigen. Die Stadt soll mit ihrer Lebensqualität, Einzigartigkeit, Infrastruktur, Wirtschaft und ihrem Tourismus in allen Bereichen beeindrucken. Voraussetzung dafür sind eine starke Wirtschaft und Arbeitsplätze. Die Fraktion dankt für die zukünftige Umsetzung ihrer Visionen.

Peter Aegerter, **BDP-Fraktion**, dankt dem Gemeinderat für die Beantwortung. Die Fraktion ist nicht mit allen Antworten einverstanden. Die Auffassung, dass bezüglich Arealerschliessungen und Schnittstellen alles in Ordnung ist, teilt die Fraktion nicht. Als Beispiel wird auf die Erschliessung Strättligenstrasse-Moosweg verwiesen. Es wird an das Postulat für eine optimierte Erschliessung der Gewerbezone Gwattmoos vom 6. April 2017 erinnert, welches vom Rat einstimmig überwiesen wurde. Der Kredit für den Kreisel wurde innert kurzer Zeit bewilligt. Die öffentliche Planungsaufgabe, in der von einer Inkraftsetzung im Juni 2018 ausgegangen wurde, erfolgte jedoch erst im Februar 2018. Es kann nicht behauptet werden, dass die Grundlagen für die planungsrechtlichen Schritte zeitgerecht erstellt werden. Es ist richtig, dass im Rahmen der Ortsplanungsrevision ein Erschliessungsprogramm erarbeitet wird, um den künftigen Erschliessungsbedarf über das ganze Stadtgebiet zu kennen. Diese Arbeit gehört zum Kerngeschäft des Planungsamtes und wurde nach der letzten Ortsplanungsrevision offensichtlich nicht gemacht.

Alois Studerus, **Fraktion der Mitte**, weist darauf hin, dass die Erschliessung eines Areals wesentlich ist. Mit dem Ausscheiden von Bauzonen oder Auf- und Umzonungen muss auch die Erschliessung geregelt werden, um keine Verzögerungen zu verursachen. Auch der Stadtrat trägt eine Verantwortung dafür. Ohne spruchreife Erschliessungen sind interessierte Kreise zurückhaltend. Das Planungsamt sowie der Stadtrat müssen bei künftigen Projekten auf konkrete Erschliessungspläne achten.

Adrian Christen, **SP-Fraktion**, ist der Meinung, dass das Planungsamt seine Aufgabe gut macht. Es handelt sich bei den genannten Projekten um schlechte Beispiele. Bei dem Kreisel an der C.F.L. Lohnerstrasse wurde das Bauvorhaben seit Jahren durch Private verzögert. Bei dem Kreisel an der Strättligenstrasse/Moosweg wurde vor vielen Jahren aus Kostengründen nicht weiter investiert. Bei der Erarbeitung der Ortsplanungsrevision müssen Erschliessungsanlagen aufgezeigt werden. Nicht nur das Planungsamt, sondern auch Politikerinnen und Politiker sollen vorausschauend handeln. Im Rahmen der Ortsplanungsrevision kann der Bedarf angemeldet und eine Eingabe gemacht werden.

Andrea de Meuron, **Fraktion Grüne**, findet es wichtig, dass ohne Einsprachen gebaut werden kann. Es wird darauf hingewiesen, dass Planungen nicht immer umgesetzt werden. Dabei wird auf das Beispiel Wirtschaftspark verwiesen, bei dem gemäss Zonenplan eine Strasse entlang der Gleise vorgesehen war. Es stellt sich die Frage, warum Geplantes nicht entsprechend umgesetzt wird. Eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen dem Planungsamt und allen Beteiligten kann verhindern, dass Anwohnende Beschwerden einreichen. Die Fraktion wünscht sich von der Planung bis hin zur Umsetzung eine gesamtgesellschaftliche Betrachtung. Für eine erfolgreiche Realisierung ist eine enge Zusammenarbeit zwischen dem Planungsamt und dem Tiefbauamt nötig. Je nach Gewerbe bestehen Unterschiede, die in der Arealplanung berücksichtigt werden können.

Gemeinderätin Marianne Dumermuth möchte beste Voraussetzungen für die Ansiedlung von Arbeitsplätzen schaffen. Betreffend Stadtrat Aegerter's Aussage wird korrigiert, dass das Planungsamt nicht erst durch die Interpellation oder die Kreditbewilligung des Tiefbauamts von der planerischen Grundlage für den Bau des Moosweg-Kreisels Kenntnis genommen hat. Unsicherheiten bezüglich der Umsetzung haben dazu geführt, dass nicht im Voraus investiert wurde. Frau Dumermuth unterstreicht, dass die laufenden Baugesuche nicht gefährdet sind. Die Zusammenarbeit zwischen dem Planungs- und Tiefbauamt läuft gut. Die Planung und das Bauprojekt wurden zum gleichen Zeitpunkt ausgelöst, wobei das Bauprojekt länger dauert. Eine Finanzierung im Voraus ist schwierig, solange kein konkreter Investor vorhanden ist. Bezüglich vorausschauender Erschliessung gibt es im Rat unterschiedliche Sichtweisen, wie sich in der Vergangenheit gezeigt hat. Frau Dumermuth weist darauf hin, dass das Verwaltungsgericht die eingegangenen Beschwerden in allen Punkten abgewiesen hat. Es ist zu hoffen, dass die Beschwerden nicht ans Bundesgericht weitergezogen werden und bald gebaut werden kann.

31. **Motion M 4/2017 betreffend Erschliessungssachse Autobahn A6 - Gewerbezone Gwattmoos**

Fraktion BDP und SVP/FDP vom 15. Dezember 2017; Beantwortung

Gemeinderätin Marianne Dumermuth erläutert das Geschäft. Im Gesamtverkehrskonzept zeichnet sich ab, dass an der Westtangente Handlungsbedarf besteht. Es braucht eine bessere, funktionsfähige Gestaltung für alle Verkehrsteilnehmenden. Es stellt sich die Frage der Priorisierung. Das Gesamtverkehrskonzept gibt einen Überblick und zeigt Priorisierungen auf der zeitlichen sowie finanziellen Achse auf. Da das Gesamtverkehrskonzept noch in Bearbeitung ist wird darum gebeten, dem mit einer Priorisierung der Westtangente nicht vorzugreifen. Mit der "Lüssli-Spange" wird ein direkter Anschluss an die A6 und somit eine Entlastung gewisser Teile des Allmendingen-Quartiers sowie ein schnellerer Zugang zur Westtangente ermöglicht. Im Gegensatz zum Bund, der die "Lüssli-Spange" im Rahmen des Agglomerationsprogrammes wegen einem ungenügenden Kosten-Nutzen-Verhältnis zeitlich hinausgeschoben hat, hält der Gemeinderat weiterhin daran fest. Die Stadt wird weiterhin auf die Dringlich- und Notwendigkeit der "Lüssli-Spange" hinweisen und wenn nötig zusätzliche Studien beziehen.

Peter Aegerter, **BDP-Fraktion**, dankt dem Gemeinderat für die Beantwortung. Mit Ernüchterung wird festgestellt, dass die Mehrheit des Stadtrates ihre Kompetenzen betreffend dem Erlass von Überbauungsordnungen gemäss Artikel 38 Abs. c der Stadtverfassung nicht nutzen möchte. Es ist nicht nötig, die Inhalte des Vorstosses im Rahmen des Gesamtverkehrskonzepts zu prüfen. Die wichtige Westtangente zeigt den raschen Handlungsbedarf auf. Herr Aegerter verweist auf den Kreisel Moosweg und den Planungskredit zur Verbreiterung der Strättligenstrasse. Bei Letzterem ist weder das Resultat bekannt, noch sind Änderungen oder Anpassungen erfolgt. Der Planungsstand des GVK zeigt die Wichtigkeit der Achse

auf. Hinzu kommen schwierige Verhandlungen im Zusammenhang mit der "Lüssli-Spange", auch bezüglich Landeigentumsverhältnissen. Die notwendigen planungsrechtlichen Arbeiten müssen zwingend gestartet werden. Aus diesem Grund sollen Punkt 1 und 7 als Motion überwiesen werden. Es wird darauf aufmerksam gemacht, dass es bei dem vorliegenden Geschäft weder um einen Kredit, noch um ein konkretes Bauvorhaben geht. Vielmehr soll die prekäre Situation behoben werden. Die Fraktion wünscht sich ein offensiveres Vorgehen der Stadt. Das Gwattmoos und das Gewerbegebiet Schoren wurden bis heute nicht bevorzugt behandelt.

Markus van Wijk, **SVP/FDP-Fraktion**, tut sich mit der Stellungnahme des Gemeinderates schwer. Es ist fraglich, ob der in der SAKO präsentierte Stand der Arbeiten am Gesamtverkehrskonzept eine sinnvolle und praktikable Priorisierung von Mobilitätsprojekten ermöglicht. Die geforderte Prüfung bezüglich Erschliessung, Verkehrsentlastung und Sicherheit ist nicht ersichtlich. Es stellt sich die Frage, wie der Gemeinderat mit Vorentscheiden über Massnahmen aus dem Gesamtverkehrskonzept umzugehen gedenkt. Einzelne Massnahmen aus dem Gesamtverkehrskonzept müssen früher oder später priorisiert werden. Es wird angezweifelt, dass eine gesamtheitliche Steuerung aller Mobilitätsprojekte möglich ist, da die Schaffung von Grundlagen für eine bewilligungsfähige Überbauungsordnung für die Erschliessungsachse bereits entscheidend ist. Das Erstellen des Gesamtverkehrskonzepts und die Ausarbeitung einer Überbauungsordnung erfolgen über einen langen Zeitraum. Im Gegensatz zur Überbauungsordnung wird das Gesamtverkehrskonzept nicht als baurechtlich verbindliches Instrument für die zukünftige Entwicklung der Thuner Verkehrspolitik angesehen. Die beiden Projekte sollten angesichts des langen Zeithorizonts zwingend miteinander verbunden werden. Während der Gemeinderat für die Ausarbeitung der Konzepte zuständig ist, liegt die Beschlussfassung von Überbauungsordnungen beim Stadtrat. Es wird kritisiert, dass diese konsequente Aufteilung vom Gemeinderat nicht befolgt wurde. Die Fraktion hofft auf eine zeitnahe Erschliessung des Gewerbeareals Gwattmoos im Sinne des Vorstosses. Vom Gemeinderat wird erwartet, dass zumindest die Bedeutung der "Lüssli-Spange" im Gesamtverkehrskonzept hoch eingestuft wird. Es stellt sich die Frage, was unter einer besseren Gestaltung der Strättligenstrasse-Pfandernstrasse verstanden wird.

Andrea de Meuron, **Fraktion Grüne**, findet es schlüssig, dass im Rahmen des Gesamtverkehrskonzepts nötige Massnahmen aufgezeigt und priorisiert werden. Es ist fraglich, ob es sich bei dem Geschäft um die richtige Priorisierung handelt, denn auch andere Strassen sind stark belastet. Von der Verwaltung werden Ressourcen gefordert, die bei der momentanen Belastung möglicherweise gar nicht verfügbar sind. Obwohl klar Handlungsbedarf herrscht, ist es für die Fraktion unverständlich, warum nicht bis zur Vernehmlassung des Gesamtverkehrskonzepts im Sommer gewartet wird. Es stellt sich die Frage, ob Unfallschwerpunkte eine Priorisierung verlangen. Es wird kritisiert, dass sich die "Lüssli-Spange" sowie Vorschläge betreffend Strassenverbreiterung hauptsächlich an den motorisierten Verkehr richten. Dabei sind der Langsamverkehr, öffentliche Verkehrsmittel sowie der Verkehrsfluss nicht zu vergessen. Das Gebiet Gwattmoos ist bezüglich öffentlichen Verkehrs schlecht erschlossen. Bei einer Gesamtbetrachtung müssen auch diese Faktoren mit einbezogen werden. Frau de Meuron erinnert an das Mobilitätskonzept, welches vom Rat einstimmig angenommen wurde. Es ist nicht ersichtlich, was bisher konkret für den Fuss- und Veloverkehr oder den öffentlichen Verkehr unternommen wurde. Es fehlt der Tatbeweis, dass auch etwas für die platzsparenderen und ressourcenschonenden Verkehrsmittel gemacht wird. Die Fraktion möchte kein solches Zeichen setzen und lehnt das Geschäft ab.

Alois Studerus, **Fraktion der Mitte**, erläutert das Geschäft. Die Massnahmen, um Allmendingen zu entlasten, sollen im Gesamtverkehrskonzept aufeinander abgestimmt werden. Es wird kritisiert, dass Massnahmen wie beispielsweise die "Lüssli-Spange" nach aktuellem Stand des Gesamtverkehrskonzepts nicht richtig taxiert sind. Die Fraktion stimmt einer Überweisung als Postulat einstimmig zu, damit die planerischen Arbeiten weiter vorangetrieben werden und die Westtangente ein gewisses Gewicht sowie eine Priorisierung erhält.

Adrian Christen, **SP-Fraktion**, empfiehlt den Postulantinnen und Postulanten, sich im Gesamtverkehrskonzept zu engagieren. Ein Vorstoss zum momentanen Zeitpunkt ist verfrüht und rennt offene Türen ein. Das Gesamtverkehrskonzept ist bereits weit vorangeschritten. Es ist für die Fraktion unverständlich, dass der Abschluss des Gesamtverkehrskonzepts nicht abgewartet werden kann. Es ist anzunehmen, dass ein so grosses Projekt mit vielen verschiedenen Akteuren ohne eine Gesamtbetrachtung aussichtslos ist. Die Fraktion lehnt das Postulat ab.

Peter Aegerter, **BDP-Fraktion**, möchte nicht den Eindruck erwecken, dass sich die Urheberschaft des Vorstosses zu wenig in die Diskussionen um das Gesamtverkehrskonzept eingebracht hat. Die Urheberschaft ist mit einer Umwandlung der vorliegenden Motion in ein Postulat einverstanden.

Lukas Lanzrein, **SVP/FDP-Fraktion**, stellt fest, dass Eingaben der bürgerlichen Seite beim Gemeinderat weniger Wirkung entfalten. Die Fraktion wird die "Lüssli-Spange" und die Erschliessung des Gewerbeareals im Rahmen des Gesamtverkehrskonzepts einbringen.

Gemeinderätin Marianne Dumermuth vergleicht ihre Aussage bezüglich Gestaltung mit der Allmendstrasse. Es wird gleichzeitig für alle Verkehrsteilnehmenden eine Sanierung oder Erweiterung einer Strasse erarbeitet. Weiter wird darauf aufmerksam gemacht, dass es bei der Strasse keine Unfallschwerpunkte gibt. Frau Dumermuth findet es problematisch, wenn Voten mit Inhalten fallen, die nur einem gewissen Publikum zugänglich sind. Diskussionen in der SAKO unterliegen dem Amtsgeheimnis.

Stadtratsbeschluss

Der Rat erklärt das Postulat mit 23 : 13 Stimmen als erheblich.

32. Postulat P 9/2018 betreffend drastische Umsatzeinbussen wegen Bauarbeiten in der Innenstadt - dringlicher Handlungsbedarf gegeben

Lukas Lanzrein (SVP/FDP), Mark van Wijk (SVP/FDP), Peter Aegerter (BDP) und Mitunterzeichnende vom 17. April 2018; Beantwortung (mündliche Beantwortung gemäss Artikel 41 Absatz 3 Geschäftsreglement Stadtrat; Antrag: Annahme

Der Stadtratspräsident weist darauf hin, dass das Postulat aufgrund der momentanen Situation als Eingabe zwischen zwei Stadtratssitzungen eingereicht wurde. Als Einreichdatum gilt jedoch immer die nächsten Sitzung. Da sich der Gemeinderat bereit erklärt hat, schon vorgängig eine Antwort zu erarbeiten, erübrigt sich eine Abstimmung über die Dringlichkeit. Herr Kübli bittet die Ratsmitglieder, nicht über Formelles zu diskutieren und bei der Sache zu bleiben.

Gemeinderat Konrad Hädener hält fest, dass aussergewöhnliche Situationen auch aussergewöhnliche Massnahmen bedingen. Ein Vorgehen wie bei diesem Vorstoss darf jedoch nicht zur Norm werden, da ordentliche Fristen zur Beantwortung von Vorstössen nötig sind. Bei dem Vorstoss ist die explizite Zielsetzung einer Verringerung der Gesamtbauzeit mit einem Abschluss im 2019 wichtig. Dieses Ziel kann erreicht werden, was dem Gemeinderat jedoch nicht reicht. Auf die Gesamtbauzeit von 44 Wochen gesehen ist eine Reduktion um 5 Wochen keine deutliche Entlastung. Die nötigen Anpassungen am Bauprogramm verursachen Mehrkosten und haben Nebenwirkungen. Eine Rechtfertigung erfordert einen grösseren Mehrwert. Bei einer Anpassung der Bauzeit muss das Ziel sein, die Bauarbeiten im 2018 soweit voranzutreiben, dass die Burgstrasse im 2019 wieder in beide Richtungen befahrbar ist. Eine beidseitige Öffnung bringt die grösste Entspannung der Verkehrslage. Herr Hädener unterstreicht, dass eine Umstellung auf einen 2-Schicht-Betrieb im vorliegenden Projekt bis auf höhere Kosten nichts bringt. Obwohl das Tiefbauamt gerne intensiv baut, wie sich bei der Sanierung der Allmendstrasse, des Guisanplatzes oder dem Neubau Kreisel an der Mittleren Strasse/General-Wille-Strasse gezeigt hat, musste die Idee eines 2-Schicht-Betriebs bereits vor zwei Jahren bei der Planung des Bauvorhabens in Absprache mit dem städtischen und kantonalen Tiefbauamt sowie der Energie Thun AG verworfen werden. Grund dafür sind klare Eignungskriterien, die im vorliegenden Projekt nicht erfüllt sind. Einerseits müssen viele gleichartige Arbeiten anfallen, die wenige Absprachen erfordern und nur wenige Fehlerquellen haben. Im vorliegenden Projekt wird jedoch sehr kleinräumig und in einer raschen Abfolge von hochspezialisierten Arbeitsschritten gearbeitet. Dabei können nicht zu viele Spezialisten gleichzeitig eingesetzt werden, ohne sich gegenseitig in die Quere zu kommen. Es handelt sich um ein komplexes Projekt mit vielen Überraschungen und einem sehr hohen Koordinationsbedarf. Zudem verursacht ein Zweischichtbetrieb wegen dem hohen Personalaufwand, den Schichtübergaben, Zuschlägen, der Organisation und den Anlieferungen ausserhalb der Betriebszeiten Mehrkosten. Diese lassen sich nur durch eine hohe Produktivität rechtfertigen, die im vorliegenden Projekt nicht erzielt wird. Aufgrund der politischen Forderungen wurde die Frage eines 2-Schicht-Betriebs den beteiligten und im Bereich Tiefbau spezialisierten Unternehmen vorgelegt.

Alle Unternehmen kommen zum Schluss, dass ein 2-Schicht-Betrieb nicht zielführend ist. Ein ausgedehnter 1-Schicht-Betrieb mit verlängerten Arbeitszeiten von 06:00 bis 19:00 Uhr und einer leicht aufgestockten Equipe wird im Gegensatz als machbar eingestuft. Damit ist der erste Prüfungsauftrag erfüllt.

Betreffend Prüfungsauftrag 2 informiert Herr Hädener, dass eine Verlängerung über den 21. September hinaus zwingend ist, wenn das Ziel einer Öffnung der Burgstrasse auf Jahresbeginn erreicht werden soll. Eine Verlängerung ist jedoch nur bis Ende November 2018 oder bei milden Wetterverhältnissen bis Weihnachten möglich. Grund dafür ist der Neubau des Berntorkreisels, der im laufenden Jahr beginnt und auch fertiggestellt werden muss. Herr Hädener weist darauf hin, dass kein Bauprogramm eine Konzentration der Bauarbeiten auf ein einziges Kalenderjahr erlaubt. Es wird in jedem Fall einen Winterunterbruch geben, der eine Weiterführung der Bauarbeiten mindestens bis im Frühling 2019 erzwingt. Mit den skizzierten Beschleunigungsmassnahmen kann die Gesamtbauzeit von elf Monaten um einen Monat verkürzt werden. Herr Hädener informiert über die Nebenwirkungen der Beschleunigungsmassnahmen und bittet den Rat, diese nicht als Versuch zu verstehen, die Lösungsvorschläge schlecht zu reden. Die Kritik, dass im Vorfeld nicht genügend über mögliche wirtschaftliche Konsequenzen für einzelne Innenstadtgeschäfte hingewiesen wurde, wird ernst genommen. Aus diesem Grund ist es ihm ein Anliegen, öffentlich auf mögliche Konsequenzen hinzuweisen. Einerseits verursachen die skizzierten Beschleunigungsmassnahmen Mehrkosten in der Höhe von rund 200'000 Franken zu Lasten der Stadt. Dies würde einen Nachkredit zum Verpflichtungskredit von rund 3.3 Millionen Franken bedingen. Da für Nachkredite dieser Grössenordnung der Gemeinderat zuständig ist, könnte ein entsprechender Kredit relativ rasch gefasst werden. Auch beim Kanton fallen Mehrkosten an, die jedoch schwierig zu beziffern sind. Andererseits besteht ein gewisses Witterungsrisiko. In dem aufgezeigten Beschleunigungsszenario wird davon ausgegangen, dass mindestens bis Ende November 2018 gebaut werden kann. Falls die Witterung eine Bautätigkeit nicht mehr zulässt, würde der Vorsprung von vier Wochen verloren gehen und nur noch Mehrkosten verursachen. Das aktuelle Bauprogramm ist in dieser Hinsicht risikofrei. Eine weitere mögliche Konsequenz ist eine höhere Verkehrsbelastung. Im Gegensatz zum aktuellen Bauprogramm nimmt das Beschleunigte keine Rücksicht mehr auf die Ferienzeit und umfasst nur noch drei Wochen Herbstferien im 2018. Zudem können die ausgedehnten Arbeitszeiten zu gravierenderen Verkehrsbehinderungen führen, da die Bautätigkeiten sowie Anlieferungen während den Hauptverkehrszeiten stattfinden. Hinzu kommen die Lärmbelastungen ausserhalb der normalen Arbeitszeiten. Dies hat bereits zu Protestschreiben von Anwohnenden geführt. Des Weiteren wird die Verkehrsführung im Bereich Berntor in einer raschen Abfolge umgestellt, was zu mehr Verunsicherung und Verwirrung der Verkehrsteilnehmer führen kann. Auch der Winterdienst wird mit schweren Fahrzeugen schwierige Einsatzbedingungen haben, da die beiden Baubereiche Lauitorstutz und Berntorplatz im Winter noch nicht fertig sein werden. Zudem können die halbfertigen Bauwerke beschädigt werden und damit neue Baustellen verursachen. Ein zurückhaltender Winterdienst hingegen wäre ein Sicherheitsrisiko. Gleichzeitig ist damit zu rechnen, dass die Umsatzeinbussen der Innenstadtgeschäfte in der umsatzstärksten Zeit während November und Dezember durch die gesteigerte Bauintensität noch gravierender ausfallen. Das aktuelle Bauprogramm ist darauf ausgelegt, den betroffenen Verkehrsteilnehmenden, Geschäften und Anwohnenden nach fünfeinhalb Monaten Bauzeit wieder eine deutliche Verschnaufpause zu verschaffen. Mit dem beschleunigten Bauprogramm werden alle Beteiligten viel länger am Stück strapaziert. Ob die gefährdeten Innenstadtgeschäfte solange durchhalten ist unklar. Weiter kann nicht garantiert werden, dass für Grossveranstaltungen wie Stadtlauf, Thunfest und Ausschiesset Lösungen ohne Kompromisse seitens der Organisatoren gefunden werden können. Der Gemeinderat hat eine beschleunigte Bauzeit geprüft, diese Option jedoch wegen den vielen Nachteilen schon früh wieder verworfen. Heute ist klar, dass der Verkehr zwar besser funktioniert als erwartet. Einzelne Innenstadtgeschäfte verzeichnen aber existenzielle Ausfälle. Es gilt zu überdenken, ob die neuen Faktoren in einer Gesamtabwägung das Bild kehren können. Der Prüfungsauftrag 2 ist mit diesen Ausführungen erfüllt. Herr Hädener macht darauf aufmerksam, dass sich der Stadtpräsident zum Prüfungsauftrag 3 äussern wird. Betreffend Prüfungsauftrag 4 bestätigt Herr Hädener, dass Erfahrungen aus der ersten Bauetappe gezogen werden. Aus diesem Grund wurde eine Begleitgruppe erstellt, die Rückmeldungen geben kann. Allerdings macht ein Erfahrungsrückfluss nach der ersten Bauetappe, wie dies vorgeschlagen wird, in einem beschleunigten Bauprogramm wenig Sinn, da dann bereits 80% der Bauzeit vorbei ist. Eine solche Auswertung muss früher passieren, im Falle einer Beschleunigung fortlaufend.

Der Stadtpräsident hat grosses Verständnis für die schwierige Situation. Dem Gemeinderat liegt viel an der Thuner Innenstadt. Massnahmen werden seriös und ernsthaft geprüft. Die Beeinträchtigungen für die

Geschäfte sollen so klein wie möglich gehalten werden. In der Innenstadt sind viele innovative Leute am Werk. Thun hat eine sehr attraktive Innenstadt. Nichts desto trotz haben es Geschäfte wegen des Strukturwandels schwierig. Der Gemeinderat unterstützt zahlreiche Anlässe wie das Festival am Schluss, Salsa-Festival, Thunfest, Altstadtkonzerte, den Stadtlauf, Fluss-Surfcontest, die mediterranen Nächte sowie viele verschiedene Märkte. Es werden immer wieder Gesuche für neue Anlässe eingereicht, wobei der Gemeinderat diesen gegenüber wohlwollend eingestellt ist. Jedes Jahr werden viele militärpflichtige Personen durch Thun geführt, die die schönen Seiten von Thun kennenlernen und dann später hoffentlich gerne zurückkommen. Zudem gibt es einen Leistungsvertrag mit Thun-Thunersee-Tourismus, der Altstadtführungen ermöglicht. Des Weiteren arbeitet Thun mit der Berner Fachhochschule zusammen und versucht so in zwei Diplomarbeiten zu eruieren, wie Kommunikation und Marketing in der oberen Hauptgasse verbessert werden können. Die Resultate sollen anfangs Juli präsentiert werden. Bezüglich Bauarbeiten wurde über die Begleitmassnahmen informiert. Die Situation war voraussehbar und wurde entsprechend kommuniziert. Dabei wurden die konkreten Auswirkungen möglicherweise unterschätzt. Die Abteilung Stadtmarketing und Kommunikation hat im Herbst 2017 mit der IGT über zusätzliche Aktivitäten gesprochen, zu diesem Zeitpunkt hat die IGT jedoch keinen Handlungsbedarf gesehen. Heute wird die Situation anders beurteilt. Wichtig ist eine gute Zusammenarbeit. Diesbezüglich verweist Herr Lanz auf die kurzfristig umgesetzten Massnahmen wie beispielsweise die Plakatständer entlang der Verkehrsachsen, Abgabe von Parking-Jetons oder den kostenlosen Hauslieferdienst, woran sich noch mehr Geschäfte beteiligen dürften. Nicht alle Massnahmen haben in allen Kreisen Freude erweckt. Gemeinsam mit der IGT werden besondere Massnahmen für die Eröffnung des Parking Schlossberg definiert. Weiter beinhaltet das Sponsoring-Agreement mit den Thuner Seespielen eine Werbeseite der IGT im Programmheft. Der Gemeinderat hat beschlossen, dass insbesondere Gesuche aus der unteren Altstadt für bewilligungspflichtige Aktivitäten unter grosszügiger Ermessensausübung bewilligt werden, um die Eigeninitiative zu fördern. Gemeinsam mit der IGT wird eine Kommunikationskampagne zu Shopping und Restaurantbesuchen in der Innenstadt aufgelegt, bei der die Stadt Mittel zur Verfügung stellt. Ein Vergleich mit anderen Städten hat die Wichtigkeit einer positiven Kommunikation aufgezeigt. Der Gemeinderat hilft dabei, Projekte zu entwickeln und freut sich über weitere Ideen oder ein grosses Leuchtturmprojekt. Schlussendlich sind es aber die Geschäftsinhaberinnen und -inhaber, die die Nähe zu der Kundschaft haben. Herr Lanz weist darauf hin, dass nicht alle Ideen in allen Kreisen überzeugend sind. Eine enge Zusammenarbeit könnte daher Erfolg versprechen. Die Ziffer 3 des Postulats wird als geprüft angesehen.

Lukas Lanzrein, **SVP/FDP-Fraktion**, stellt einen Ordnungsantrag um einen kurzen Sitzungsunterbruch. Die mündlichen Ausführungen des Gemeinderates werden geschätzt. Die Fraktion benötigt Zeit, um die Ausführungen des Gemeinderates besprechen zu können und politisch zu würdigen.

Der Rat stimmt dem Ordnungsantrag zu.

Sitzungsunterbruch von 18.35 bis 18.55 Uhr.

Lukas Lanzrein, **SVP/FDP-Fraktion**, dankt Gemeinderat Hädener und dem Stadtpräsident für die mündliche Beantwortung und die dringliche Behandlung des Geschäfts. Die Postulantinnen und Postulanten haben sich bewusst für eine frühzeitige Einreichung des Postulats vor der Stadtratssitzung entschieden, damit der Gemeinderat die nötigen Schritte ergreifen kann. Die Fraktion ist sich bewusst, dass in Zukunft nicht alle Vorstösse frühzeitig eingereicht werden können. Es wird begrüsst, dass die Burgstrasse ab 2019 wieder für den Gegenverkehr befahrbar ist. Es stellt sich die Frage, ob es sich dabei um einen definitiven Entscheid handelt. Herr Lanzrein hält fest, dass ein 2-Schicht-Betrieb grundsätzlich machbar gewesen wäre. Den Postulantinnen und Postulanten ist bewusst, dass es dafür zu spät ist. Das Hauptziel in Form einer beschleunigten Bauzeit soll den besorgten Innenstadt-Geschäftsinhabern signalisieren, dass sich die Politik entsprechend bewegt. Die Fraktion begrüsst die vorgestellten Massnahmen und hofft auf eine Umsetzung mit möglichst wenig negativen Auswirkungen. Es entsteht der Eindruck, dass das Postulat und die Petition, bei der innert 18 Tagen über 5'000 Unterschriften gesammelt wurden, Grund für all die gemachten Erwägungen sind. Herr Lanzrein unterstreicht die Wichtigkeit einer positiven Kommunikation, ohne dass die Situation beschönigt wird. Es ist jedoch Auftrag des Stadtrates, Befürchtungen und Inputs einzubringen. Betreffend Kommunikation wird bemängelt, dass der kürzlich eingereichte Vorstoss für einen Steg zwischen der Kuh- und Mühlebrücke von den Medien wenig Aufmerksamkeit bekommen hat. Die Politik ist darauf angewiesen, dass Ideen in die Öffentlichkeit getragen werden. Herr Lanzrein informiert über den Fraktionsentscheid, die Kopierpauschale ihrer Mitglieder in IGT-Gutscheine umzuwan-

deln und so die Geschäfte der Innenstadt zu unterstützen. Die Fraktion beantragt eine Überweisung des Postulats.

Franz Schori, **SP-Fraktion**, dankt für die ausführlichen Informationen. Herr Schori ist überzeugt davon, dass im Vorfeld viele Optionen geprüft wurden. Die Fraktion hat sich im Gegensatz zu den bürgerlichen Parteien im Vorfeld mit den möglichen Schwierigkeiten befasst und diese im November 2017 öffentlich diskutiert. Die Petition hat mehr Schwierigkeiten als Vorzüge der attraktiven Innenstadt hervorgehoben. Mit dem Netzwerk im Gewerbe hätten die bürgerlichen Parteien rechtzeitig auf kreative Ideen kommen können. Es stellt sich die Frage, welchem Geschäft in der unteren Stadt eine beidseitige Befahrung der Burgstrasse mehr Umsatz bringt. Die Stadt Thun hat die Verkehrssituation sehr gut im Griff. Rückmeldungen haben gezeigt, dass die Baustellensituation kaum Einfluss auf den Verkehrsfluss hat. In der Fraktion wurde lange darüber diskutiert, wie zielführend die Lösungsvorschläge sind. Nach den Ausführungen des Gemeinderates erachtet die Fraktion das Postulat als geprüft und beantragt eine Abschreibung. Bei den aufgeworfenen Fragen und den vorgeschlagenen Massnahmen müssen die geltenden gesamtarbeitsvertraglichen Bestimmungen eingehalten werden. Die direkt betroffenen Unternehmerinnen und Unternehmer sind gefordert, ihre Geschäfte aktiv anzukurbeln. Der Umsatz könnte durch kollektive Massnahmen und einfache, rasch umsetzbare und belebende Projekte wie beispielsweise ein temporäres Begrünen, Sitzgelegenheiten, Strassenmusik, Spielplätze oder ein neues Leuchtturmprojekt wie die mediterranen Nächte gesteigert werden. Die Fraktion ist bereit, mitzudenken und beantragt eine Annahme und gleichzeitige Abschreibung des Postulats

Peter Aegerter, **BDP-Fraktion**, dankt dem Gemeinderat für die ausführliche Beantwortung. Die Fraktion unterstützt eine Abschreibung des Postulats auf keinen Fall. Eine Verkürzung der Gesamtbauzeit von mindestens einem Monat ist in Anbetracht der Kosten-Nutzen-Analyse eine Prüfung wert. Eine Baustelle ist mit einigen Risiken verbunden. Je länger gebaut wird, desto höher ist das Witterungsrisiko. Die Bautätigkeiten sollen maximal bis im November und nicht bis in die Weihnachtszeit anhalten. Mit einigen der genannten Nebenwirkungen muss gerechnet werden. Eine Überweisung des Postulats ist wichtig. Der Gemeinderat wird dazu aufgefordert, die förderlichen Massnahmen gut zu prüfen und umzusetzen.

Nicole Krenger, **Fraktion der Mitte**, kann keine abschliessende Kosten-Nutzen-Beurteilung vornehmen, da viele Fragezeichen im Raum stehen und nicht alle Interessen bekannt sind. Eine verkürzte Bauzeit hat nicht nur für das Gewerbe, sondern auch für den Verkehr Vorteile. Gleichzeitig sprechen viele der genannten Argumente dagegen. Eine Prüfung ist wichtig, die mit der Beantwortung noch nicht beendet ist. Diesbezüglich ist die Begleitgruppe von Bedeutung, welche die Stimmung aller Interessensgruppen zeitnah abholen und einbringen kann. Es wird erwartet, dass der Gemeinderat anschliessend gemäss seinen Kompetenzen eine Entscheidung trifft. Die Fraktion findet es wichtig, dass die Geschäfte selbst aktiv werden und die Initiative ergreifen. Diesbezüglich wird auf die Wichtigkeit einer frühzeitigen, kooperativen Lösungsfindung in Zusammenhang mit der Markt- und Hauptgasse verwiesen, die zu gewissen Zeiten zwangsläufig verkehrs- und somit ÖV-frei sein wird. Die Fraktion nimmt das Postulat an und lehnt eine gleichzeitige Abschreibung ab.

Till Weber, **Fraktion Grüne**, fragt sich, ob das Schwarzmalen der Situation zielführend war. Die Abwägung soll in Zusammenarbeit mit allen Interessensgruppen und Beteiligten gemacht und offen gegen aussen kommuniziert werden. Diesbezüglich ist vor allem eine Hervorhebung von Positivem wichtig. Es ist damit zu rechnen, dass höhere Kosten anfallen. Schlussendlich entscheidet wahrscheinlich der Kanton. Die Fraktion nimmt das Postulat an und lehnt eine Abschreibung ab.

Philipp Deriaz, **SVP/FDP-Fraktion**, fragt sich, ob die EnergieThun aufgrund ihrer Ressourcen in der Lage ist, einen 2-Schicht-Betrieb sicherzustellen. Es ist unklar, ob andere Firmen überhaupt mit einbezogen wurden oder ob die Aufträge um jeden Preis bei der EnergieThun bleiben sollen. Die Fraktion hat die Situation immer ernst genommen und erinnert diesbezüglich an die Interpellation vom Sommer 2017, die als nicht dringlich angesehen und spät beantwortet wurde.

Der Stadtratspräsident bittet die Ratsmitglieder, bei der Sache zu bleiben.

Alain Kleiner, **SVP/FDP-Fraktion**, erinnert an die Beteiligten bei dem Vorstoss betreffend mediterrane Nächte. Der Gemeinderat wird dazu aufgefordert, mutiger zu sein. Sitzplätze sollen auch abends verfü-

bar sein. Es ist unklar, wie eine Parkplatzaufhebung in der Marktgasse zu mehr Umsatz führen soll. Bei bestehenden Problemen nützt Schönreden nichts. Vielmehr muss das Problem analysiert werden.

Roman Gugger, **Fraktion Grüne**, weist darauf hin, dass die Mehrkosten von 200'000 Franken auch in andere, kostengünstigere Lösungen investiert werden können, bei denen dann für den Kanton keine Kosten anfallen.

Franz Schori, **SP-Fraktion**, nimmt zur Kenntnis, dass einige Fragen noch vertiefter abgeklärt werden können und zieht den Antrag auf Abschreibung zurück.

Gemeinderat Konrad Hädener dankt für die konstruktive Auseinandersetzung mit dem langen Bericht und für die Wertschätzung. Betreffend Stadtrat Lanzreins Frage wird darauf hingewiesen, dass die Burgstrasse im definitiven Einbahnregime in der momentanen Planung ausgeklammert ist. Es ist nicht vorgesehen, die Burgstrasse zu einem späteren Zeitpunkt wieder zu sperren, mit Ausnahme von kurzen, punktuellen Massnahmen. Organisatorisch gesehen haben ein 1- oder 2-Schichten-Betrieb grosse Unterschiede zur Folge. Die Bauarbeiten stehen unter extremem Zeitdruck. Sperrungen zugunsten von Anlässen wie der Ausschiesset sind ausgeschlossen. Eine vorübergehende Öffnung der Burgstrasse ist der einzige Weg, die Umzüge stattfinden zu lassen. Gleichzeitig kann nicht darauf spekuliert werden, dass die Arbeiten vor Ende November fertiggestellt werden. Der Gemeinderat kann Entscheidungen nicht alleine treffen, da an vielen Orten der Kanton vertreten durch der Oberingenieurkreis I auch mitredet. Zu Stadtrat Deriaz Frage betreffend EnergieThun wird bestätigt, dass die Firma nicht allzu viele Ressourcen hat. Herr Hädener weist darauf hin, dass alle Beteiligten Vorbehalte gegen die 2-Schichten-Bauweise hatten. Der Gemeinderat bleibt bei seinem Antrag um eine Annahme ohne Abschreibung.

Lukas Lanzrein, **SVP/FDP-Fraktion**, dankt für die konstruktive Diskussion. Die Fraktion freut sich über den Entscheid der SP-Fraktion, das Anliegen mit der nötigen Seriosität zu behandeln und auf den Abschreibungsantrag zu verzichten.

Stadtratsbeschluss

Das Postulat wird einstimmig als erheblich erklärt.

Der Stadtratspräsident informiert über die Verschiebung der Traktanden 5 und 7 auf die nächste Sitzung.

34. Interpellation I 1/2018 betreffend Bericht Friederich bezüglich Schule Seefeld

SP-Fraktion vom 19. Januar 2018; Beantwortung

Katharina Ali-Oesch, **SP-Fraktion**, ist mit der Beantwortung zufrieden.

36. Interpellation I 28/2017 betreffend Stand Lärmschutzmassnahmen - sind Schadenersatzforderungen zu erwarten und wie sieht es mit kostenloser Massnahme Temporeduktionen aus

Fraktion Grüne und Mitunterzeichnende vom 15. Dezember 2017; Beantwortung

Till Weber, **Fraktion Grüne**, ist mit der Beantwortung zufrieden.

Mitteilungen

Stadtratssekretär Christoph Stalder bittet Stadtrat Aegerter um eine Präzisierung des eingegangenen Postulats P 10/2018: Der Gemeinderat wird gebeten zu überprüfen (...).

Der Stadtratspräsident macht auf die Unterlagen für die nächste Sitzung aufmerksam.

Stadtratssekretär Christoph Stalder macht darauf aufmerksam, dass es sich bei der nächsten Sitzung vom 7. Juni 2018 um eine Doppelsitzung mit anschliessender nicht öffentlicher Information des Planungsamtes zum Stadtentwicklungskonzept handelt.

Eingänge

- Postulat P 10/2018 betreffend Erreichung von mindestens 85% Realisierungsgrad der gemäss Jahresbudget eingestellten Finanzmittel für bauliche Investitionen und Unterhaltmassnahmen; BDP-Fraktion vom 17. Mai 2018
- Interpellation I 8/2018 betreffend von der Idee einer einladenden grünen Flaniermeile zur Realität einer Stolpermeile ohne jeden Charme; Fraktion Grüne vom 17. Mai 2018

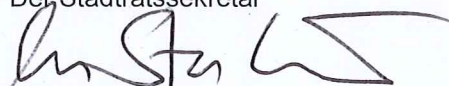
Verschiebungen

- Postulat P 14/2017 betreffend Überprüfung des Auftrages "Erfassung der Personalien" der privaten Sicherheitsdienste; Alice Kropf (SP), Franz Schori (SP) und Mitunterzeichnende vom 15. Dezember 2017; Beantwortung
- Interpellation I 27/2017 betreffend Entwicklung der "Schulräume"; Fraktion der Mitte vom 15. Dezember 2017; Beantwortung

Der Stadtratspräsident


Andreas Kübli

Der Stadtratssekretär


Christoph Stalder